

o.714.0
 o.411.621.3 - GR/mb
 o.713-27 U'ch 9

Bern, 5. Mai 1978

ad. p.B.15.21.Fi(5)
 p.B.15.21.Su(11) - CX/gh/cm

EPD	05.05.78	1b
Ref. <u>p.B.15.21.Fi(5)</u>		

Notiz an die Politische Abteilung I

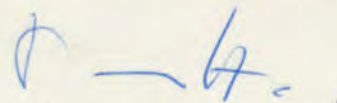
p.B.15.21.Su(11)

Wir beziehen uns auf Ihre Notiz vom 28. April 1978, in welcher Sie uns um allfällige Beiträge bitten, die Botschafter Weitnauer für seine kommenden Gespräche in Helsinki und Stockholm dienlich sein können.

1. Bezüglich des Verhältnisses Schweiz UNO haben wir unserer bisherigen Stellungnahme nichts beizufügen, die wir zuletzt in der Ihnen anbei zugehenden Notiz an den Departementschef vom 19. Januar 1978 dargelegt hatten. Hingegen würde uns die Haltung sowohl Helsinkis als auch Stockholms zur neuen UNO-Friedenstruppe im Süd-Libanon (FINUL) interessieren, die unseres Erachtens namentlich unter Neutralitätsgesichtspunkten nicht ganz unproblematisch ist. So ist die Frage der Zustimmung aller beteiligten Parteien nicht restlos geklärt, da zwar offenbar Arafat dem UNO-Generalsekretär die Zustimmung der PLO gegeben hat, aber nicht alle Palästinenserverbände mit dieser Zustimmung einverstanden zu sein scheinen. Auch das bei bisherigen UNO-Truppen berücksichtigte Prinzip, dass alle Kontingente von nicht am Konflikt beteiligten und nicht zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates gehörigen Staaten kommen sollten, ist mit der Beteiligung französischer Blauhelme durchbrochen. Schliesslich ist das Mandat der Friedenstruppe so abgefasst, dass die Blauhelme fast unweigerlich immer wieder in Kampfhandlungen mit militärischen Verbänden verwickelt werden. Interessant wäre auch zu erfahren, wie die finnischen und die schwedischen Behörden nach der der Finanzierung der FINUL gewidmeten ausserordentlichen Session der UNO-Generalversammlung (20./21. April 1978) die Kostentragung dieser neusten UNO-Friedenstruppe einschätzen (eventuelle freiwillige Beitragsleistungen etc).

2. In Stockholm schiene es uns angezeigt, auch auf die Folgen der Motion Schmid zu sprechen zu kommen. Bekanntlich haben am 3. März 1978 in Genf erste Sondierungsgespräche mit österreichischen und schwedischen Vertretern stattgefunden, anlässlich derer die Opportunität einer Konvention zum Schutze politischer oder sämtlicher Häftlinge oder einer Konvention gegen die Folter diskutiert wurde. Der schwedische Gesprächspartner, Botschafter Danelius, hatte bei dieser Gelegenheit eine möglichst weitgehende schweizerische Mitarbeit an der Ausarbeitung eines schwedischen Konventionsentwurfs gegen die Folter begrüsst, die im Rahmen der UNO-Menschenrechtskommission an die Hand genommen worden ist. Nicht zuletzt dank der schwedischen Unterstützung wird es uns in naher Zukunft möglich sein, unsere Kommentare zum Entwurf abzugeben. Wir sind nicht nur dankbar, dass uns als Nichtmitglied der UNO und der UNO-Menschenrechtskommission diese Möglichkeit der Mitarbeit eingeräumt worden ist, sondern wir hoffen auch, unsererseits einen konstruktiven Beitrag leisten zu können.
3. Was das Problem Genf-Wien anbetrifft, so haben wir unsere Ueberlegungen dazu in einer Notiz vom 11. April 1978 dargelegt, die wir im Hinblick auf den Besuch von Staatssekretär van Well aus der Bundesrepublik Deutschland verfasst hatten.

Politische Abteilung III



(Pometta)

Kopie an:

- Völkerrechtsdirektion
- Sektion UNO/IO